

# Einbindungsmechanismen

## Eine kritische Sicht auf Mediations- und Schlichtungsverfahren

**Partizipationsverfahren wohin man schaut. Es gibt kaum einen Ort in Deutschland, wo zur Zeit nicht irgendeine Form von Bürgerbeteiligung installiert wird. Wer sich von diesen Verfahren jedoch ein mehr an Demokratie verspricht, ist in der Regel schnell enttäuscht. Die Autoren und Autorinnen zweier gerade erschienener Bücher erklären, warum das so ist. (jW)**

**Michael Wilk/Bernd Sahler (Hrg.): Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, runden Tischen ... und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Beiträge wider die Beteiligung. Verlag Edition AV, Lich 2014, 178 Seiten, 14,00 Euro**

Bürgerinnen und Bürger werden per Mediations- oder Schlichtungsverfahren zur Legitimation umstrittener Großprojekte herangezogen, wobei die Entscheidungen hierzu an ganz anderer Stelle gefällt werden. So könnte das grobe Fazit des Buches »Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, runden Tischen ... und wie Protestbewegungen manipuliert werden« lauten. Und so ähnlich steht es auch ganz am Anfang der von Michael Wilk und Bernd Sahler herausgegebenen Textsammlung. Die Zusammenstellung der Beiträge geht auf eine Artikelserie in der anarchistisch ausgerichteten Zeitschrift Graswurzelrevolution zurück. Verfaßt wurden die Texte Ende 2012/Anfang 2013 als »Nachwirkung« der Schlichtung zum Projekt »Stuttgart 21«. Demnach verwundert es nicht, daß sich das schwer umkämpfte Bahnprojekts wie ein roter Faden durch das gesamte Buch zieht und das Schlichtungsverfahren immer wieder Gegenstand unterschiedlicher Beiträge ist. Dies gereicht dem Buch keinesfalls zum Nachteil, da sich an dieser im schlechtesten Sinne gelungenen Schlichtung geradezu beispielhaft studieren läßt, was dabei herauskommt, wenn vormals erfolgreiche Protestbewegungen sich auf die von den Herrschenden vorgegebenen Mechanismen einlassen.

### Mittel zum Zweck

Und so bezieht das Buch auch in seiner Gesamtheit Position: Es will sich nicht mit der Abwägung eines Für oder Wider einer Beteiligung der Bewegungen an irgendwelchen Vermittlungsprozessen aufhalten, sondern solch eine Beteiligung von vorn herein kritisch beleuchten. »Wir wollen mit diesem Buch weitere Argumente, Fakten, Erfahrungen und Erkenntnisse liefern und eine Position untermauern, die sich gegen die Beteiligung an Mediationen ausspricht«, wie die Herausgeber in ihrem Vorwort schreiben. Der Anspruch der Herausgeber ist es, Beiträge zu präsentieren, die »nicht aus einer theoretisch-akademischen Perspektive geschrieben [sind], sondern aus dem Blickwinkel engagierter Menschen in sozialen Bewegungen, die an Veränderungen von unten interessiert sind.« Diesem Anspruch wird das Buch in weiten Teilen gerecht – auch wenn aus dem einen oder anderen Beitrag eine linksintellektuelle Abgeklärtheit ein klein wenig zu deutlich durchscheint.

Thomas Wagner, Autor des Buches »Die Mitmachfalle« und Redakteur der jungen Welt, verweist in seinem Beitrag auf die im Grundsatz falsche Annahme, daß es sich bei einer politischen Mediation um eine »neutrale«, eine irgendwie über oder neben den Interessen der Kontrahenten stehende Veranstaltung« handeln könnte. Falsch sei diese Annahme deshalb, weil die Methoden der Mediation Mittel zum Zweck seien. Das Ziel, so läßt sich bei Wagner nachvollziehen, ist die Schwächung der jeweiligen sozialen Bewegung, die sich gegen ein bestimmtes Projekt

zusammenfindet. Diese Schwächung wird nicht allein durch Repressalien vollzogen, sondern auch durch die per Mediation herbeigeführte Zustimmung: »Denn tatsächlich stützt sich Herrschaft nie ausschließlich auf Zwang, sondern sucht in der Regel die Zustimmung der Beherrschten zu erreichen. Ihre Strategen sind deshalb immer darauf aus, den sozialen Bewegungen, den fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft entsprechende Methoden zu entwenden.« Eine politische Mediation ausgehend von den Herrschenden zielt demnach darauf ab, »die Herausbildung einer ernstzunehmenden Organisationsmacht ihrer Gegnerinnen und Gegner in einem möglichst frühen Stadium zu verhindern.« Ein Beispiel für die von Wagner theoretisch dargelegten Mechanismen und Absichten bei Schlichtungs- und Mediationsverfahren ist die von Florian Hurtig analysierte Studie des RWE-Konzerns »Akzeptanz braucht Bürgerbeteiligung«. Diese Studie stellt unter anderem die Frage, wie »Bürgerbeteiligung bedarfsgerecht und zielführend gestaltet werden« kann, wie es in ihrer Einleitung heißt. Am besten, so die Interpretation von Hurtig, sei es für die »Vorhabenträger«, wenn die Einbindung schon in einer möglichst frühen Phase der Planung von Großprojekten stattfindet, damit es gar nicht erst zu einer Mediation kommen muß.

## **Ein Vorschlag**

Zur politischen Aufarbeitung des Schlichtungsprozesses zu »Stuttgart 21« tragen die sehr lesenswerten Beiträge von Bernd Sahler und Annette Ohm/Michael Weingarten bei. Beide kommen zu dem Schluß, daß mit der Schlichtung den vormals starken und bundesweit präsenten Protesten der Wind aus den Segeln genommen wurde. Zudem führte die Schlichtung zu einer – wohl auch so beabsichtigten – Spaltung der Protestbewegung in verhandlungsbereite und verhandlungskritische, in der öffentlichen Debatte zunehmend marginalisierte Gruppen. Mit der Schlichtung durch Heiner Geißler (CDU) gelang es der Landesregierung, sich wieder zur Herrin des Geschehens aufzuschwingen. Ohm und Weingarten untersuchen darüber hinaus die strategischen Manöver der baden-württembergischen Grünen, die vor dem Hintergrund der zunehmend diskreditierten Mappus-Regierung schnell ihre Vorteile bei einem Schlichtungsverfahren witterten. Die Grünen traten im Rahmen der Mediation zwar als Sprecher der Tiefbahngegner auf, nur um dann »im Falle einer Regierungsbeteiligung aber auf die bindende Wirkung eines Mediationsbeschlusses verweisen« zu können. Sahler kommt zu dem Schluß, daß die bisherige Art der Mediations- und Schlichtungsverfahren entlegitimiert werden müsse, um zu verhindern, daß sie weiter eher zur Durchsetzung der ursprünglichen Pläne der »Vorhabenträger« dienen.

Doch welche Schlüsse können nun für die doch recht zahlreichen kleinen, großen und vielschichtigen Protestbewegungen gegen alle möglichen Großprojekte gezogen werden? In Berlin besteht zum Beispiel gerade eine großartige Gelegenheit, andere Formen in der Auseinandersetzung mit Großprojekten auszuprobieren: Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Bau des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) mittlerweile dermaßen aus dem Ruder gelaufen ist, daß nur noch zwei Perspektiven übrigbleiben. Entweder wird der Flughafen fertiggebaut und danach ein jahrzehntelanges Zuschußgeschäft für die öffentliche Hand werden – oder er wird schon vor seiner Inbetriebnahme abgewickelt. Daß letzteres wohl die vernünftige Perspektive ist, muß der verantwortlichen Politik erst noch beigebracht werden. Wie wäre es, wenn die zahlreichen BER-kritischen Bürgerinitiativen, Wählergruppen und Vereine den Spieß umdrehten und Politik und Flughafengesellschaft (möglicherweise unter Zuhilfenahme von Aktionsformen des zivilen Ungehorsams) an einen »runden Tisch« zitierten, dessen vorgegebenes Ziel kein Kompromiß zu diesem mißlungenen Projekt ist, sondern an dem nur noch über dessen sozialverträgliche Abwicklung verhandelt wird?